

Abonnements  
Werden bei allen Schweizerischen  
Postanstalten, sowie beim Verleger  
und dessen bekannten Agenten  
mitgenommen. und zwar zum  
voraus zahlbaren  
Vierteljahrespreis von:  
Fr. 2. — für die Schweiz (Kontingent)  
Fr. 2. — für Deutschland (Kontingent)  
Fr. 1.70 für Österreich (Kontingent)  
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des  
Weltpostvereins (Kontingent)

Zusätze  
Wie verlagspaltene Zeitungsblätter  
25 Hfr. — 20 Pf.

# Der Sozialdemokrat

## Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint  
wöchentlich einmal  
in  
Büchlein (Schweiz).  
Verlag  
der  
Weltbuchhandlung  
Göttingen-Verlag.  
Veränderungen  
franko gegen frants.  
Gewöhnliche Briefe  
nach der Schweiz kosten  
Doppelporto.

Nr. 17.

Briefe an die Redaktion und Korrespondenten des in Deutschland und Österreich vertriebenen „Sozialdemokrat“ wollen man unter Berücksichtigung der äußeren Verhältnisse abgeben lassen. In der Regel sollen Briefe nicht länger als 20 Zeilen betragen. In zweifelhaften Fällen einzuschreiben.

22. April 1887.

### Parteilagen! Vergess die Verfolgten und Gemäßigten nicht!

### Freie Vereinbarung oder staatliche Regelung. \*)

Von allen Beispielen, die der Revolte für seine Theorie von der Entbehrlichkeit einer administrativen Zentralgewalt hätte wählen können, ist kaum eines ungeeigneter als das der Eisenbahnen. Ihre Geschichte beweist gerade das Gegenteil von dem, was der „Revolte“ seine Leser glauben machen will. Nur muß man nicht Märchen mit Geschichte verwechseln, Geschichte der Fabelwelt sind es, was der „Revolte“ als Geschichte der Eisenbahnen hinstellt.

Der Bau der Eisenbahnen ist von Anfang an nur unter Mitwirkung des Staates zu Stande gekommen. In den meisten Ländern gewährte der Staat den Unternehmern von Eisenbahnen ganz namhafte Subventionen, in allen eine ganze Reihe von Privilegien, denen allerdings Verpflichtungen der Eisenbahngesellschaften ihrerseits gegenüberstanden.

Nun heißt es sich die Sache sehr leicht machen, wenn man all und jede Staatsintervention mit dem „gekronten Idiot“ Nikolaus I. oder irgend einem Eroberer à la Napoleon I. identifiziert. Kein vernünftiger Mensch wird den Staat für einen Demirag halten, der Alles weiß und Alles kann, aber der Staat kann in der heutigen Gesellschaft, und solange diese nicht vollständig überwunden ist, sehr Vieles, was Private nicht können, bezw. nur mit Aufwand unverhältnismäßiger Opfer können.

Es scheint dem „Revolte“ vollständig unbekannt zu sein, daß seit dem Befehlen der Eisenbahnen sich ein ganz neues Recht, das sogenannte Eisenbahnrecht, herausentwickelt hat, welches die Rechte der Eisenbahnen dem Publikum, bezw. dem Staate gegenüber, oder umgekehrt, regelt und das nur dadurch Kraft hat, daß es die staatliche Sanktion erhalten. Fast überall hat nach kurzer Zeit des Bestandes der Eisenbahnen der Staat sich im Allgemeininteresse in den Betrieb derselben einmischen müssen, sollten nicht die grauenhaftesten Mißstände Platz greifen. Wir erinnern nur an die frevelhafte Preisgabe von Menschenleben, die überall da droht, wo durch unsoliden Bau oder fahrlässigen Betrieb Kosten erspart werden sollen. Ferner an den großartigen, Tausende und Abertausende von Existenzen gefährdenden Unfug, der mittelst Tarifprivilegien (namentlich in den Vereinigten Staaten) getrieben wurde und noch getrieben wird, und Ähnliches mehr. Auch das ist nicht richtig, sondern ein Produkt kleinbürgerlicher Eindrücke, wenn der „Revolte“ schreibt: „Die Eisenbahnen wurden in kleinen Abschnitten gebaut, die kleinen Abschnitte wurden mit einander verbunden“ u. u.

Von den allerersten Anfängen abgesehen, ging man gewöhnlich zuerst daran, die großen Verbindungslinien, die Hauptadern des Handelsverkehrs herzustellen. Die Zentren, die es zu verbinden galt, und die durch ihre Bedeutung in kommerzieller u. Beziehung löhrenden Betrieb versprochen waren gegeben, und diese Verbindungen mußten daher auch von vornherein ins Auge gefaßt werden. Oder bildet sich der „Revolte“ allen Ernstes ein, die Bahnverbindung Paris-Lyon-Marseille sei etwa so entstanden, daß auf der ganzen Linie, hier ein Separatstückchen, etwa von Dijon nach Chagny, da ein Separatstückchen, etwa von Vienne nach Valence, selbstständig gebaut worden, und hinterher eines Tages alle an einander gefügt worden seien?

Man muß, wie gesagt, durch und durch kleinbürgerlich denken — und dem Anarchisten guckt allerdings der verbohrt Kleinbürger durch alle Löcher — um die offenkundigsten Tatsachen so zu verkennen.

Es fällt uns natürlich nicht ein, zu leugnen, daß auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens, genau so wie auf allen anderen Gebieten des Wirtschaftslebens, sehr Vieles durch freie Vereinbarung zu Stande gekommen ist. Dahin gehört z. B. Alles, was im Selbstinteresse der betreffenden Eisenbahnverbindungen lag oder liegt. Daß dieses Interesse aber keineswegs immer mit dem des Publikums übereinstimmt, ist bekannt. Im Gegenteil, jeder — der „Revolte“ natürlich ausgenommen — weiß, daß dieses Interesse sehr oft dem großer Theile des Publikums strikte widerspricht, und daß solche es gewöhnlich waren, welche die Kosten der rührenden Eintracht der Herren Eisenbahnmagnaten zu tragen hatten. Der Anarchismus ist, das zeigt sich gerade hier wieder recht deutlich, nichts als das auf die Spitze getriebene Manchesterthum. Der Anarchist unterscheidet sich von den kapitalistischen Vertretern des letzteren nur dadurch, daß er ihre Phrasen von der alleinigmachenden Wirkung der wirtschaftlichen „Freiheit“ für baare Münze nimmt.

Gewiß, es gibt auch Eisenbahn-Manchesterleute, aber deren Manchesterthum verdrängt die Hilfe und den Schutz des Staates für die Eisenbahnen sehr gut. Was er nicht verdrängt und wogegen er deklamirt, das ist die Kontrolle des Staates. Nur schwärmen wir gewiß nicht für den heutigen Staat, aber ebensowenig dafür, uns von Eisenbahngesellschaften regieren zu lassen.

Es ist nämlich Thatsache, daß bei der kolossalen Bedeutung der Eisenbahnen für das Wirtschaftsleben der Völker und dem Umfang der Eisenbahngesellschaften in verschiedenen Ländern zwar nicht der Staat die Eisenbahnen, wohl aber diese den Staat haben, d. h. vermöge des ungeheuren Einflusses, den sie direkt und indirekt ausüben in der Lage sind, tatsächlich regieren. Der „Revolte“ erscheint in Paris. Nun, da kann ihm jedes Kind erzählen, daß das „Volk“, welches Gambetta wegen seiner Diktaturgelüste gestürzt hat, nicht etwa die revolutionären Proletarier Frankreichs, sondern die Herren Verwaltungsgerichte der Eisenbahngesellschaften waren, die sich durch seine Verstaatlichungsprojekte in ihren heiligsten Menschenrechten bedroht sahen — dem nämlich, aus der Haut des Volkes Dividenden zu schneiden. Und auch in anderen Ländern weiß man von der politischen Beherrschung durch Eisenbahn-Koterien ein Lied zu singen.

Überall wehren sich gerade die unabhängig denkenden Elemente gegen dieselben, und wenn sie auch nicht gerade die Eisenbahnen dem Staat in den Rücken werfen mögen, solange derselbe noch der Träger der Klassegesellschaft ist, so unterstützen sie doch die immer stärkere gesetzliche Beschränkung der Autokratie der Eisenbahngesellschaften. Die „freie Konkurrenz“ der Eisenbahnen ist eine hohle Phrase. Wo sie bestand, artete sie zu einem wilden Kampf auf Leben und Tod aus, dessen Kosten, wie er auch endete — ob mit einem „freien“ Vertrag oder mit dem Auffressen des Schwächeren durch den Stärkeren — immer das Publikum zu tragen hatte.

Die Eisenbahnen sind — ob staatlich oder privat — Monopole, sie sind ihrer ganzen Natur nach in vielen Dingen auf gegenseitige Verständigung angewiesen, und haben sich daher auch verständigt. Es ist das kein Kunststück. Große Spitzbuben bringen das ebenfalls fertig.

Aber wo dieser Zwang der Verhältnisse und gewisse Rücksichten nicht bestehen, da sieht es auch heute noch trübe aus. Sehr angenehm, wenn der Geldproh in einer Tour von Paris nach Konstantinopel fahren kann, ohne seine Fahrt unterbrechen zu müssen, dafür kann der Proletarier, auf dessen Kosten diese Expresszüge eingerichtet werden, oft keine 50 Meilen fahren, ohne wiederholt umsteigen zu müssen.

Man sieht, keine von den Voraussetzungen des „Revolte“ stimmt. Es gibt „Eisenbahnzentralregierungen“ — fast jeder Staat hat heute sein Eisenbahnamt, jeder Eisenbahngesetze und Ueberwachungs-vorschriften, Dank denen das Meiste von dem, was der „Revolte“ so sehr bewundert: die Sicherheit des Transports, erst möglich wurde.

Und was die internationalen Züge anbetrifft, auf die der „Revolte“ hinweist, so verdanken diese ihr Zustandekommen der Thatsache, daß die Eisenbahnen Verkehrsmittel sind, die, wenigstens soweit sie in einer Richtung liegen, ebenfalls auf Verträge angewiesen sind. Wenn die Direktion der Französischen Ostbahn, der Wäsischen Staatsbahn, der Hessischen Ludwigsbahn und so nach einander sich verbinden, um einen Schnellzug Paris-Berlin einzurichten, so beweist das noch gar nichts für andere Wirtschaftszweige. Bei solchen Vereinbarungen kann die bürgerliche Gesellschaft ruhig fortbestehen.

Genug. Auf einen Berehrer dieser mögen die Ausführungen des „Revolte“ einen Eindruck machen, und Sozialisten können sie in keiner Weise imponiren. Weil aber der „Revolte“ zum Schluß seines Artikels wenigstens den nichtbürgerlichen Bedanken der Besitzergreifung der Eisenbahnen durch die Arbeiter ausdrückt, so erlauben wir uns schließlich die Frage an ihn:

Glaubt der „Revolte“ wirklich, daß irgend eine Gesellschaft zurechnungsfähiger Menschen ein so wichtiges Verkehrsmittel wie die Eisenbahnen einer Anzahl von Sonderinteressenten — ob kapitalistische Unternehmer oder für eigne Rechnung wirtschaftende Arbeiter — zur Verwaltung nach Laune und Belieben überlassen, sich von ihnen Preise, Fahrbedingungen u. aufzutrocknen lassen wird?

Wir sind begierig, seine Antwort und die Motivierung derselben zu vernehmen.

### Aus Dänemark.

Kopenhagen, 10. März 1887.

Der dänische Reichstag ist auch dieses Jahr wieder „in den April geschickt“ worden. Leider ist das Volk schon so an die „Romdiss“ gewöhnt, daß es nicht einmal zischt, wenn ihm „schlecht mitgespielt“ wird. „Leider“, muß man sagen, denn es ist doch auch bei noch so optimistischer Betrachtung der Verhältnisse empörend, zu sehen, mit welcher zynischer Frechheit die Regierenden und ihre Handlanger die von ihnen „gegebenen und beschworenen“ Gesetze umgehen und verletzen.

§ 25 der dänischen Verfassung besagt nämlich, daß die Regierung, im Falle der Reichstag nicht versammelt ist, in außerordentlich

wingenden Fällen selbst Gesetze erlassen kann, die jedoch dem kommenden Reichstage vorzulegen sind. Dieser Paragraph ist es nun, auf den die Regierung bei ihrem Vorgehen sich stützt, indem sie ihn nach Bedürfnis „auslegt“.

Die zweite Kammer bewilligte dies Jahr sehr reichlich, konnte aber doch mit der ersten Kammer, die der Regierung durch Dick und Dünn folgt, über das Finanzbudget nicht einig werden, und dies war der Grund zur Nachauflösung des Reichstags. Die unstrittigen Posten waren dieselben, wegen deren die Auflösung im Januar und die Neuwahlen erfolgt waren: die Millionen zur Befestigung Kopenhagens und Einführung des preussischen Militarismus, wozu die große Masse des arbeitenden Volkes niemals ihr Jawort geben wird.

Nun hat also die Regierung freie Hand, der Reichstag ist versammelt, und „die besondern zwingenden Gründe“ — Kühlung im übrigen Europa — sind vorhanden, so daß die Festungsarbeiten beginnen kann, und tatsächlich auch schon im vollen Gange ist. Von einem Budgetrecht des Volkes ist also unter solchen Verhältnissen keine Rede und läßt sich auch nicht absehen, wie aus diesem Gump herauskommen ist.

Die Sozialdemokratie, auch die deutsche, kann aus diesem Intriguen-spiel nur lernen. In Deutschland sind ja die Bedingungen zu ähnlichen Zuständen gegeben, und Herr Bismarck ist zu Allem fähig. Eine Rames Intenmächte, die alle seine Schritte zur Verewaltung des Volkes billigt, steht ihm zu Gebote, von der halben Million Soldaten und der mächtigen Polizei gar nicht zu reden. Unsere Genossen mögen also auf der Hut sein, um über Nacht hereinbrechenden Eventualitäten nicht unvorbereitet gegenüberzutreten; organisirt, repräsentirt die deutsche Sozialdemokratie eine Macht, mit der unsere Feinde rechnen müssen.

Doch pardon, ich komme auf deutsche Verhältnisse zu sprechen, während ich über dänische berichten soll.

So resultatlos für die Rechte des Volkes die verflozene Reichstags-sesssion in der Hauptsache auch war, so sind doch eine ganze Reihe von Gesetzen — darunter sehr wichtige — fertig gestellt worden, und hat der — seit der Neuwahl — einzige Vertreter der Sozialdemokraten, Genosse Polm, energisch in die Debatten mit eingegriffen. Unter Anderem war auch ein Vorschlag, Frauen das kommunale Wahlrecht zu verleihen, zur Verhandlung gekommen, der leider an dem abnehmenden Verhalten der Rechten scheiterte. Trotzdem ist aber dieser Vorschlag ein Zeichen der Zeit — es geht eben überall vorwärts.

Vor der Auflösung im Januar hatten unsere Vertreter mit Unterstützung einiger Demokraten mehrere praktische Vorschläge eingebracht, die geeignet waren, der großen Arbeitslosigkeit und Noth im Winter abzu-helfen, und die ihre agitatrische Wirkung nicht verfehlen werden.

Diese Vorschläge betrafen:

- 1) Die Errichtung von Arbeiterwohnungen und Regulirung von alten und ungesunden Quartieren in Kopenhagen.
- 2) Gewährung direkter Staatsstütze an die große Zahl der Arbeitslosen im Winter.
- 3) Die Erlassung genossener Armenunterstützung; unentgeltliche ärztliche Hilfe und freies Hospital für unvergütet Zurückgekommene ausserhalb des gewöhnlichen Armenhauswesens.
- 4) Einschränkung der Sonn- und Feiertagsarbeit, sowie der Arbeit an Wochentagen und am Tage der Verfassungsfeste.

Von diesen gewiß sehr gemäßigten und annehmbaren Vorschlägen — die alle die Billigung der liberalen Parteien fanden — wurde nur der erste Gesetz, und zwar nach langen Verhandlungen der ersten Kammer und mit bedeutenden Einschränkungen, so daß ein sozialreaktionäres Blatt neulich seine Freude an der jetzigen Untauglichkeit des Gesetzes äußern konnte. Wer dafür gesorgt hatte, daß es fast unbrauchbar wurde, verschweigt das Reptil natürlich.

Die übrigen Vorschläge wurden nach längeren Debatten mit mehr oder minder faulen Ausflüchten von den Konservativen der ersten und zweiten Kammer verworren, aber unsere Genossen werden sich durch diesen Mißerfolg nicht beirren lassen. Sie werden die Vorschläge später wieder einbringen, und die Herren, die bei den Wahlen ihre Arbeitersfreundlichkeit nicht genug betonen können, gebührend brandmarken.

Die Verhandlungen dieser Arbeitergesetze haben so recht gezeigt, wie selbstmörderisch, ja eheles ein Arbeiter handelt, wenn er einem Konservativen seine Stimme gibt. „Trunkenbolde“ und „Lagediebe“ waren die Bezeichnungen für die Arbeitlosen, die vom Kapital zu Tausenden auf die Straße geworfen und dem Elend des Winters preisgegeben, durch den Mund ihrer Vertreter um Staatsunterstützung ersuchten. Freilich, die Herren möchten die Unglücklichen den elenden Bedingungen des Armenwesens unterwerfen, um sie politisch mundtot zu machen.

Die Zahl der Arbeitslosen hier in Kopenhagen war diesen Winter außerordentlich groß, man berechnete sie auf 10—12,000. Daß einer solchen Armes gegenüber die Privatwohlthätigkeit ein Tropfen auf einem heißen Stein ist, braucht nicht bewiesen zu werden; es kamen oft erschreckende Thatsachen von Hunger und Noth durch unser Blatt an die Öffentlichkeit.

Es muß, es wird einmal anders werden, wenn man nicht allen Glauben an die Menschheit verlieren soll.

Rinaldini.

PS. Unser so rührender Genosse Polst ist — kaum aus dem Kerker entlassen — schon wieder zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden, die er Dienstag den 12. April antreten soll. Genosse Polst ist einer von den Wenigen, die ihre Meinung ungeschminkt bekennen und die Konsequenzen davon tragen; er hatte die sieben Minister beim richtigen Namen genannt, die diese Schurken verdienen, und ward nun dafür — ein Opfer der Klassenjustiz — in Kerker, Heuschel, Lüge, Betrug und dem Thron, die Wahrheit im Gefängniß — das ist die heilige Ordnung und Kultur im 19. Jahrhundert.

Mit sozialdemokratischem Grusse! D. D.

### Material für Sozialisten,

aus den Werken anerkannter Statistiker und Nationalökonom.

(Fortsetzung.)

### IX. Die beiden Nationen.

Die ungleiche Verteilung des Ertrages der gesellschaftlichen Gesamtarbeit theilt, wie D'Israël, der spätere Lord Beaconsfield, einst sagte, die Bevölkerung eines und desselben Landes, in „zwei Nationen“, die sich, was Erziehung, Lebensweise und Sicherheit der Existenz anbetrifft, durchaus von einander unterscheiden. Zwischen beiden besteht ein beschränktes Mittelgebiet, einige wenige, vom Glück Begünstigtere raiten sich aus dem großen Lager, in welchem ihre Genossen frohnden, in die angenehmere Festung der Monopolisten, aus der wiederum Andere in Folge von Unglücksfällen oder Verschwendung in Noth und Elend sinken. Für die große Majorität jedoch sind die Grenzen, die beide Nationen von einander trennen, tatsächlich unpassierbar.

\*) Siehe Artikel „Anarchistisches“ in Nr. 15 des „Sozialdemokrat“.



welchen Seiten als notwendig erkannt werden. Im übrigen ist es ja natürlich unmöglich, daß von Seiten des Ministeriums jede einzelne Handlung eines Polizeibeamten im voraus kontrolliert wird. Daß die Herren als einzigermaßen staatsgefährlich behandelt werden, das kann man unweigerlich einer Regierung nicht verargen. So lange die Thatsache feststeht, die wir nach jeder Richtung hin konstatiert haben, daß diese Herren in Verbindung mit dem „Sozialdemokraten“ in Zürich stehen, daß sie dieses Blatt beliefern mit Artikeln, daß sie dieses Blatt hierher kommen lassen, es heimlich weiterverbreiten, so lange müssen wir sie als die staatsgefährlichste Verbindung betrachten, die es nur eben geben kann, und von diesem Gesichtspunkte aus werden die Handlungen der Regierung nicht geteilt. Das mögen sich die Herren gesagt sein lassen.“

Soll gebismarkt, Herr Finger. Es kann und natürlich nicht einfallen, mit einem solch unheimlichen Geist Ihres Schlanges in eine Diskussion über die Pflichten einer Regierung einzutreten; mehr als was die Pflichten eines Staatsrechts sind, brauchen Sie ja nicht zu wissen — wir wünschen Ihnen nur das Beste: Mögen Sie in dessen ebenso erfolgreich sein als Ihr großes Vorbild in Preußen, nicht um einen kleinen Finger weniger.

— Deutschlands Schmach. Ein würdiger Jüngling Putt's ist in der Gegend von Göttingen in der Nähe von Hildesheim im schlesischen Boigland. Man schreibt uns über ihn: Der Gendarm Gottlieb Fischer, dessen Privatmoral mehr wie anständig ist, und der sich vergeblich bemüht, durch eifriges Kirchgehen seine unheimlichen Gespinnstereien beim Kartenpielen, zu dem er die Leute förmlich zwingt, zu beseitigen, dieser saubere Ehrenmann hat bei der letzten Wahl sich auch als politischer Schmeicheleier in einer Weise bewährt, die seine Aufnahme in's Verzeichn. d. Alben des „Sozialdemokraten“ dringend notwendig erscheinen läßt. Man höre nur:

Zunächst hat der Bürge den Bürgermeister von Hildesheim bei dem Amtshauptmann, einem seelenverwandten Vaterlandbrecher, veranlaßt, eine sozialdemokratische Wählerversammlung nicht aufgelöst zu haben, trotzdem Grund zur Auflösung sei. In Wirklichkeit war nicht der geringste Anlaß dazu gegeben worden. Trotzdem mußte infolge dieser Denunziation der arme alte Mann seinen Abschied nehmen und wurde ihm sein Einkommen entzogen, welches ohnehin nicht mehr als 600 Mark betrug. Wie herrlich weit haben wir es doch in unserm Vaterland gebracht! Zweitens hat dieser schurkische Gendarm (sprich Schandarm) den Stadtverordneten, einen einflussreichen und charakterfesten Mann, weil er sich weigerte, daß derselbe nicht auch so schurkisch wie er selbst — der, nebenbei bemerkt, überall Schulden hat wie ein Major — bei der Amtshauptmannschaft angezeigt, daß er die gestempelten Bekanntmachungen vorwärtiger Wählerversammlung angehängt habe. Die Instruktion des Stadtverordneten lautet nun dahin, daß derselbe Anklage von Privatpersonen, welche gestempelt worden seien, anhängen könne, um dadurch sein geringes Einkommen etwas zu erhöhen. Trotzdem ist der Mann abgesetzt worden und jetzt, Dank diesem heuchlerischen Schurke, gänzlich ohne Verdienst.

Schließlich zum Dritten wollte der besetzte Schützengel auch noch einen ganz armen Mann, den Stadtpfarrer, um seinen kleinen Verdienst bringen, indem er ihn förmlich denunzierte, einen Sozialdemokraten zum Leiter der Versammlung vorgeschlagen zu haben. Das ist ihm aber noch nicht gelungen.

Ein ehrlicher Charakter kann gar nicht glauben, daß derartige Schurkigkeiten vorkommen können. Der Gendarm und der Amtshauptmann könnten sich diese Willkürakte auch nicht erlauben, wenn sie nicht sicher Rückhalt hätten. Hinter ihnen steht aber unser ehrenwerthiger Puttamer und seine Dresden'er Kommittee, genannt schlesische Staatsminister. Sie scheuen das Lumpen- und Spionengeschäft systematisch heran und möchten aus Deutschland die Brutstätte des elendesten Verwahrlosetums machen, den die Geschichte je gekannt. Das deutsche Volk wird aber schließlich doch ein Einsehen haben und bei den kommenden Wahlen immer deutlicher beweisen, daß es diese Schandwirthschaft gründlich satt hat.

— Eine Muster-Volkvertretung. 1 Erbkönig, 4 Fürsten, 1 Herzog, 1 Besitzer einer Ständes- und Majorats Herrschaft, 3 Staatsminister, 5 höhere Militärs, circa 24 Mitglieder der höheren und circa 20 Mitglieder der mittleren Bureaukratie (Landräthe u. s. w.) 18 höhere und mittlere Justizbeamte, 20 Bürgermeister u. s. w., 17 Räte, 86 Rittergüter- und 20 sonstige Güter u. s. w. Besitzer, 15 Rentiers, 12 Universitätsprofessoren — bilden die große Majorität des deutschen Reichstages. Man sieht, was das allgemeine Wahlrecht zu leisten vermag, wenn man es nur geschickt zu handhaben versteht und das Volk mair genug ist, auf jeden Räder hereinzufallen.

— Der Gipfel der Frechheit ist, die Tugend zu predigen, im Augenblick, wo man dem Vaster frohnt oder soeben geschickt hat. Die Dörner, welche inmitten einer Orgel oder unmittelbar nachher sich als Besten drapieren und eine Rede auf die Keuschheit hält, verleiht nicht bloß die Stillschweigen, sondern verhöhnt sie auch, spuckt ihr in's Gesicht. Ungefähr auf gleicher Stufe steht der Mann, welcher am 28. März d. J. im preussischen Herrenhaus ausrief:

„Bei der Leichtigkeit, das Volk zu belügen, bei der ungeheuren Gewissenlosigkeit im Belügen des Volkes, bei diesem ganzen Arbeiten der Wahlmachine — wer bürgt uns dafür, daß nicht irgend eine verlogene Behauptung bei den nächsten Wahlen aufkommt, und daß es dann nicht wieder anders ausfällt?“

Der Mann, welcher hier so pathetisch die ungeheure Gewissenlosigkeit im Belügen des Volkes verdammt, hatte in der Wahlkampagne, die vier Wochen vorher endete, im Belügen des Volkes eine so ungeheure Gewissenlosigkeit an den Tag gelegt, daß sogar ein Napoleon der Dritte als reiner Wissenschaftler dagegen erscheint. Dieser „Vater der Lüge“ — der große Impresario der monströsen Wahlregulierung, die mit ihren „Breitererschlagern“, „Reinheitsbänden“ u. s. w. den deutschen Reichstag in die Wahlurne des 21. Februar treiben mußten, ist beiläufig der nämliche Biebermann, welcher zwar jeden Beamten, der nicht für die Regierung agitirt, ungeschicklich absetzt, trotzdem aber sich weilsand über die Heiligkeit eines ihm nicht unterstellten Landrats an der Wahltagation bitter beschwerte, weil in einer solchen Heiligkeit ein Eingriff in die Freiheit der Wahl liege — kurz, der ehemalige Reichsrath des Reichstages, Junker Otto von Bismarck.

— Wie es gemacht wurde. Demnach wird, wie deutsche Blätter berichten, ein Projekt mit Anwendung des § 348 des Strafgesetzbuches, von der Urkundensatzung von Seiten öffentlicher Beamten her, von Schwabauer Landgericht beschlagnahmt, und zwar handelt es sich dabei um Wahlzettel. Als nämlich im März 1886 im 19. schlesischen Wahlkreise eine Radwahl stattfand, ereignete es sich in dem Orte Burghardtsgrün, daß bei der Stimmenausählung 53 Stimmzettel gerührt wurden, von denen 50 auf Fischerlich und 3 auf Berger lauteten. Burghardtsgrün hatte 53 Wähler, folglich mußten alle gewählt haben. Dem ist aber nicht so. 43 Wähler besaßen keine Wahlzettel zu haben und werden dies durch ihr Zeugnis bewiesen. Wie kamen nun deren Stimmzettel in die Urne und die Zählung ihrer Namen in die Wahlliste, und wie lautet darüber das Wahlprotokoll? Die Verhandlung wird darüber Auskunft geben, wie sie Auskunft geben wird, warum der Staatsanwalt § 348 und nicht § 103 des Strafgesetzbuches angewendet. Die von der Staatsanwaltschaft angelegten Erörterungen müssen also schwer gravirande Punkte ergeben haben.

Das Interessanteste an dieser Affäre ist für uns nicht die Wahlzettel, sondern der Umstand, daß dieselbe überhaupt zur Kenntnis der Gerichte und so zu ihrer richterlichen Feststellung gelangt ist. In diesem Artikel wird nämlich seit Jahren schon grade in England Bedeutendes geleistet, die richtigen Stimmengahlen, mit denen die Ordnungsbekanntmachung v. B. bei der letzten Wahl aufmarschirten, sind großen Theil solchen und ähnlichen betrügerischen Wahlpraktiken. Wahlkorrekturen würde sie der heilige Riccaud de la Barre nennen — zu verbanen. Wo die Herren Häufig unter sich sind, auf den Bauernhöfen u. s. w., kann man sich vergleichen ja leisten, ohne die wichtigsten zu müssen, daß so ein verkommenes „Kocher“ den Schwindler verdeckt. Ein tüchtiger Geist in die Urne, dann die entsprechende Eintragung in die Wahlliste, und Moral und Eigentum sind gerettet. Vaterland und Religion auch, denn — „Volkstimme ist Gottesstimme.“ So ist's gemacht worden, und so wird's noch manchmal gemacht werden.

den, so lange noch große Volkstheile nicht einmal wissen, was Wahlrecht heißt. Die Schledigkeit unserer Gegner wäre ohnmächtig ohne den so sorgsam geschützten „Unverstand der Massen“.

— „Verbrechen gegen die öffentliche Ordnung.“ Die neueste deutsche Kriminalstatistik befaßt eine ziemlich starke Annahme von Verbrechen. Man sollte nun denken, das müßte unseren Regierungseuten sehr angenehm sein. Aber weit gefehlt. Sie sind sehr ärgerlich darüber, und geben sich alle erdenkliche Mühe, um zu beweisen, daß die Annahme bloß eine scheinbare sei, und daß nur die „unbedeutenden“ Verbrechen abgenommen haben, dagegen die „bedeutenden“ und namentlich die schwersten von allen: die „gegen die öffentliche Ordnung“ in fortwährender Zunahme begriffen sind. Ohne sonst in Einzelheiten zu gehen, was uns jetzt zu weit führen würde, wollen wir gern zugeben, daß die „Verbrechen gegen die öffentliche Ordnung“ allerdings, und zwar um Tausende, in den letzten Jahren zugenommen haben. Aber wie könnte es auch anders sein? Betrachten wir uns doch einmal diese „Verbrechen gegen die öffentliche Ordnung“. Die braven Genossen, welche im vorigen Jahr dem berühmten Freiburger Urtheil zum Opfer gefallen sind, haben „Verbrechen gegen die öffentliche Ordnung“ begangen. Und die Hunderte und Hunderte von Sozialdemokraten, die, weil sie ihrer Ueberzeugung folgten, auf Grund des inhumanen Sozialistengesetzes oder der ebenso inhumanen politischen Paragraphen des Reichsstrafgesetzbuches von inhumanen Richtern zu Gefängnisstrafen verurtheilt wurden, sie alle haben „Verbrechen gegen die öffentliche Ordnung“ verübt. Und es unterliegt nicht dem leisesten Zweifel, daß die „Verbrechen gegen die öffentliche Ordnung“ sich auch in Zukunft unauslassbar vermehren werden, solange das jetzt herrschende System bestehen bleibt. Das herrschende System ist im wahren Sinne des Wortes eine Schule des Verbrechens. Und zwar nach zwei Richtungen hin. Selber verbrecherisch, treibt es seine Begründer zum Verbrechen und erzieht seine Anhänger zum Verbrechen. Es kann nur in einer Atmosphäre des Verbrechens bestehen. Es ist ein Verbrechen, und lebt vom Verbrechen. Die Bismarcke, welche durch Ausnahmengesetze dem Recht und der Gerechtigkeit ins Gesicht schlagen und, um ihre Tölpeln zu füllen und sich an der Macht zu erhalten, die Plünderung des Staatsorganismus und Attentate gegen den Weltfrieden begehen; die Puttamer, welche, um die Arbeiterbewegung lahm zu legen, durch Jürging-Bablon's und ähnlichen Verräther Ausstände und Bluthatzen hervorgerufen suchen; die Böcher und Konforten, die im Dienste ihrer Brodgeber Krawalle anstellen und Reineide schwören; die Polizeiführer, die in die Häuser eindringen, eheliche Bürger ihres Eigentums und ihrer Freiheit berauben; die feilen Richter, die Verbrechen erfinden und das Gesetz beugen, um die Verbrechen ihrer Brodgeber zu decken und die Bekämpfung ihrer verbrecherischen Brodgeber zu verhindern — sie sind „Verbrecher gegen die öffentliche Ordnung“, und Verbrecher der schwärzesten Sorte. Und ihre Zahl ist Legion.

Legion ist aber auch die Zahl der anderen Verbrecher „gegen die öffentliche Ordnung“ — der Verbrecher, welche durch jene schwarzen Staatsverbrecher künstlich zu Verbrechern gemacht worden sind, weil sie sich des Verbrechens schuldig gemacht, jene schwarzen Staatsverbrecher für das zu halten, was sie wirklich sind, nämlich für „Verbrecher gegen die öffentliche Ordnung“; und weil sie sich des weiteren, noch schwereren Verbrechens schuldig gemacht haben, zu verlangen, daß jene schwarzen Staatsverbrecher aus ihren Kammern entfernt, und daß die Hochverräther, Spitzbuben, Reineidpflasterer mit allem ihren Ritzschulden und Helfershelfern der verdienten Strafe zugeführt werden.

Zum Glück ist die Zahl dieser Verbrecher gegen die Verbrecher in beständigem, reichendem Wachstum, und die von den Organen der Staatsverbrecher besetzte Zahl der „Verbrecher gegen die öffentliche Ordnung“ ist und die sichere Bürgschaft dafür, daß es mit dem Regiment der Staatsverbrecher zu Ende geht.

Warum aber vertheilen die Organe der Staatsverbrecher mit einer wahren Wohlthut auf dem eigentlich doch etwas heißen Thema? Nun — ist die Annahme der „Verbrechen gegen die öffentliche Ordnung“ nicht ein Beweis für die Nothwendigkeit von „mehr Polizei“ und „mehr Soldaten“ — zum Schutz der gefährdeten „öffentlichen Ordnung“? Gut — wir sind mit dem Beweis zufrieden.

r. Der Arbeitertag in Karau ist außerordentlich stark besucht gewesen. Ueber 100,000 Arbeiter haben sich durch circa 250 Delegirte vertreten lassen und einen Schwweizerischen Arbeiterbund gegründet, in dem alle Arbeiter ohne Unterschied der politischen oder religiösen Anschauung zur Hebung der sozialen Lage der Arbeiterklasse zusammenarbeiten sollen und dessen Vorstand auch die Ueberwachungsbehörde für den neugegründeten Arbeitersekretär ist, sowie mit ihm das jährliche Arbeitsprogramm festzustellen hat. Die Verhandlungen, die im Kantonsrathsaal stattfanden, waren bis zum Schluß — gegen Mitternacht — völlig sachlich und ruhig; von den Berner Delegirten wurde der Gründung des Arbeiterbundes opponirt, weil sie von der Zusammenschließung so heterogener Elemente keine wirksame Thätigkeit erwarten könnten. Sie blieben aber in bedeutender Minderheit, und für die Schaffung eines allgemeinen Arbeiterbundes trat namentlich auch der katholisch-soziale Staatsminister Nationalrath Dr. Decurtius kurz ein, der seine Rede mit dem Verlesen der Notiz in vorletzter Nummer des „Sozialdemokraten“ betreffend den Arbeitertag in Karau begann, und seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß das Organ einer revolutionären Partei dieses Werk der Sozialreform so sympathisch begrüße, und daran die von einem christlich-sozialen gewiß selten zu hörende Bemerkung folgte, daß er die Berechtigung der Revolution da nicht bestreiten wolle, wo den Arbeitern die Hände gebunden seien; wo aber, wie in der Schweiz, gleiche Lust und gleicher Sonnenschein für alle Bürger gegeben sei, müsse man den Weg der Reform gehen.

Die Personfrage, die für den „Sozialdemokraten“ von je nur eine untergeordnete war, ist in der Wäse geregelt worden, daß von dem Vorstande des neugegründeten Arbeiterbundes zum Arbeitersekretär mit 14 gegen 9 Stimmen, wofür letztere aus Genossen Seidel, Reallehrer in Mollis, fielen, der Chef des Zürcher kantonalen Bureau, D. Greulich, gewählt wurde, der jahrelange Redakteur der „Tagwacht“.

Damit ist für die Schweizerische Arbeiterschaft eine Waffe geschmiedet worden, die, richtig benutzt, ihr in ihrem Emanzipationskampf große Dienste leisten kann. Die nächste Aufgabe ist, aus dem Arbeitersekretariat ein vollständiges Arbeitsamt herauszuwaschen zu lassen, für dessen Mittel dann ebenfalls der Bund (d. h. der Staat) aufzukommen hat. Mit der Schaffung des Arbeiterbundes ist aber auch der Schweizer Sozialdemokratie ein weites Operationsfeld geöffnet, das bloß der Bearbeitung harzt und das eine reiche Ernte verspricht. Unsere Schweizer Genossen werden sich ihrer Aufgabe mit Eifer und Hingebung widmen, und dann wird der Tag von Karau ein bedeutender Meilenstein in der Geschichte der Schweizerischen Arbeiterbewegung sein. Glück auf!

— Der Anarchistenprozess, der sich Ende März in Wien abspielte, hat mit der Verurtheilung von 13 der Angeklagten zu höchstens unehrerlichen Strafen geendet — zu Strafen, deren Härte um so mehr zu verwirren ist, als es sich bei fast sämtlichen Angeklagten augensfälliger um Verführer handelte, die sich der Tragweite der Handlungen, zu denen sie verleitet wurden, beim, zu deren Vorbereitung sie verleitet wurden — denn weder die Brandlegungen noch die sonstigen geplanten Unternehmungen waren zur Ausführung gelangt — keineswegs bewußt waren. Im Verführer, deren Verführer, wie der Berichtbringer Dr. Wolf-Eppinger ganz unperfekt ausgesprochen, in den Reihen der hochblühlichen Polizei zu suchen sind. Wie lassen die betreffende Stelle aus seinem Plaidoyer hiermit folgen:

„Andererseits aber kommt es regelmäßig vor, daß einem der Hauptschuldigen, nachdem er die Mitschuldigen der Polizeibehörde bekanntgegeben hat, gelingt die Flucht zu ergreifen. Es ist festgestellt worden, daß H. O., der vermeintliche Urheber des Attentates auf Kaiser Franz Joseph, sich rechtzeitig nach Amerika flüchtete, und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Auslieferung H. O.'s hätte erfolgen können, wenn sie begehrt worden wäre.“

Präsident: Ich bitte, wir haben hier nicht über den Verfallprozess zu verhandeln; ich bitte daher keine Dinge in die Debatte zu ziehen, welche nicht hierher gehören.

Dr. Wolf-Eppinger: Ich muß Alles vorbringen, was meinen Klienten von Nutzen sein kann. Die symptomatische Bedeutung der Unterbrechung meiner Ausführungen aber wird die Welt wohl zu würdigen wissen.

Es wird mir nach diesen Worten sehr schwer werden, zu entscheiden, auf welche Ausführungen des Staatsanwaltes ich eingehen darf und auf welche nicht.

Präsident: Ich beschreibe keineswegs die Redefreiheit, allen ich bitte sich nur auf das zu beschränken, was mit unserer gegenwärtigen Frage im Zusammenhang steht.

Dr. Wolf-Eppinger: Es ist überhaupt recht merkwürdig, daß jedesmal die Urtheile einer solchen That zu entziehen wissen. Kochi ist wohl festgestellt worden ist, nach England entflohen. Wo sich Kozak und Czernak befinden, ist überhaupt nicht bekannt. Nach Artikel 1 und 6 unserer Auslieferungverträge wäre die Auslieferung zu verlangen und auch zu erwirken gemeint.

Diese Ausflucht, es liege ein politisches Vergehen vor, ist nicht stichhaltig, denn Brandlegung ist kein politisches Vergehen.

Die Auslieferung Schustaczek's aber wurde von der Schweiz begehrt und bewilligt.

Es sind aber hier nur zwei Fälle möglich: Entweder hat das Vergehen einen politischen Hintergrund, dann hätte man die Auslieferung Schustaczek's nicht begehren sollen, oder die Sache hätte keinen politischen Hintergrund, dann war die Auslieferung Kochi's zu verlangen. Da ich nach dem Vorhergegangenen nicht annehmen kann, daß mir der Herr Präsident gestatten wird, meine Folgerungen daraus zu ziehen, so muß ich mich mit der Hoffnung begnügen, daß sie von Jedermann selbst gezogen werden können.

Uns kann dieser Hinweis um so weniger überraschen, als wir vom Anfang an, d. h. sobald die Polizei der Welt in wichtigster Weise und breitspuriger Weise von dem Jang berichtet, den sie gemacht, nachdem sie die „gefährlichen Anarchisten“ schon wochenlang übermüht, den Einbruch hatten und uns auch dementsprechend äußerten, daß die Sache zum großen Theil Polizeimache sei. Man wollte einen großen Anarchistenprozess haben, um die Nothwendigkeit der Polizei und Polizeigesetze zu bezeugen, und man hat ihn auch gehabt. Man hat ihn gehabt, Dank einem gewissen Richterkollegium, das sich dazu hergab, die Polizeifamilie durch ein noch schändlicheres Urtheil zu decken.

Es wurden verurtheilt: Friedrich Kratochwill wegen Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz und Brandlegung zu zwanzig Jahren schweren Kerkers, verschärft mit einem Fasttage im Monate und Dunsthaft am dritten Oktober jeden Jahres, auch Abschaffung aus Niederösterreich; Karl Schwescha wegen Brandlegung und Betrug zu fünfzehn Jahren schweren Kerkers, verschärft mit einem Fasttage monatlich; Heinrich Höfermeier wegen Brandlegung und Betrug zu fünfzehn Jahren schweren Kerkers, verschärft mit einem Fasttage im Monate; Johann Wamrunel wegen Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz, Brandlegung und versuchten Diebstahls zu fünfzehn Jahren schweren Kerkers, verschärft mit einem Fasttage im Monate und Abschaffung aus Niederösterreich; Leopold Kaspari wegen Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz, Brandlegung und versuchten Diebstahls zu sechs Jahren schweren Kerkers, verschärft mit einem Fasttage im Monate und Abschaffung aus Niederösterreich; Stefan Buecher wegen versuchten Verleitung zum Raube und Brandlegung zu zwölf Jahren schweren Kerkers, verschärft durch einen Fasttag monatlich; Josef Stieder wegen Brandlegung zu neun Jahren schweren Kerkers, verschärft mit einem Fasttage monatlich; Gustav Kopecky wegen Brandlegung zu acht Jahren schweren Kerkers, verschärft mit einem Fasttage im Monate; Franz Schustaczek wegen Betrug zu sechs Jahren schweren Kerkers, verschärft mit einem Fasttage im Monate; Johann Hospobsky wegen desselben Verbrechens zu fünf Jahren schweren Kerkers mit einem Fasttage monatlich; Albert Friedmann wegen desselben Verbrechens zu fünf Jahren schweren Kerkers mit einem Fasttage im Monate; Thomas Joppoth wegen versuchten Diebstahls zu einem Jahre schweren Kerkers mit einem Fasttage im Monate; Heinrich Rischaw wegen desselben Verbrechens zu sechs Monaten schweren Kerkers mit einem Fasttage im Monate. Ueberdies werden sämtliche Verurtheilte unter Polizei-Aufsicht gestellt.

13 Angeklagte zu insgesamt 127 1/2 Jahre Gefängnis! Wären es gemeine Verbrecher, gewerbemäßige Spitzbuben gewesen, sie wären in der Hälfte und noch weniger davon gekommen. Aber sie waren einer politischen Ueberzeugung gefolgt, die dem Klasseninteresse der Richter zuwiderläuft, und daher diese ungeheuerlichen Strafen. Wir sagten oben, die Polizei habe bei der Sache von Anfang an die Hand im Spiele gehabt. Ob Kochi, wie Dr. Wolf-Eppinger andeutet, der Vermittler war, oder wer sonst der falsche Bruder gewesen, wollen wir für heute unerörtert lassen. Bisherig kommen wir auf die Frage zurück, sobald ein uns versprochenes Originalbericht über den Prozess vorliegt.

— „Die Spaltung der belgischen Arbeiterpartei ist eine Thatsache.“ jubelt die Bourgeoispreffe. Nur höchst weiler jubelt die englische „Spaltung“ ist nur eine Reinigung. Ein junges, ehrgeiziges Bourgeoisbüchlein, Namens Dufuisseaux, das sich zu Anfang vorigen Jahres durch seinen republikanischen Katedismus in den Mund der Leute gebracht hat, wollte die belgische Arbeiterpartei zum Fußschmelz seiner Größe benutzen und es gelang ihm auch, einige Leichtgläubige zu finden, die sich durch seine Strafen berücken ließen. Nur seine vollständige Unkenntnis der sozialistischen Grundsätze und der Nationalökonomie zu verdecken, machte er den Arbeitern „anarchistischen“ Dunst vor, und spielte, wie alle demagogischen Rombdianten und Ignoranten, den Maulrevolutionär — eine Rolle, die ja stets bei diesem und jenem Gutmüthigen versänkt. Inbezug die belgischen Sozialisten kamen bald hinter die Schliche des Bourgeoisbüchleins — der „Generalrath“ schloß Dufuisseaux aus der Partei aus, und der belgische Arbeiterkongress, welcher in der Osterwoche zu Charleroi tagte, hat die Ausschließung mit großer Mehrheit bestätigt. Und damit wäre der Zwischenfall erledigt und Herr Dufuisseaux abgethan.

— Die irische Frage ist aus dem Parlamente herausgetreten. Im Unterhaus hat das Toryministerium einen vollständigen Sieg errungen, im Lande ist der Kampf nur in ein neues Stadium übergegangen. Nach der Trennung der Whigs von den Liberalen und dem Abfalle eines Theiles der letzteren, kann an die parlamentarische Lösung der irischen Frage nicht mehr gedacht werden. Jetzt hat das Volk direkt die Sache in die Hand zu nehmen, und von seiner Entscheidung hängt Alles ab. Und da meinen wir ganz besonders das englische Volk im engsten Sinne des Wortes, die englischen Arbeiter. Auf ihnen ruht die Zukunft Irlands. Und, wie die Dinge stehen, spricht Alles dafür, daß sie das Vertrauen, welches wir stets in sie gesetzt, glänzend rechtfertigen werden. Die große artige Demonstration des Ostermontags, wo mindestens 100,000 Londoner Arbeiter — ohne die, wohl ebenso zahlreichen Reugierigen mitzuzählen — ihre Stimme für die Rechte des unterdrückten Irlands erhoben, ist ein sehr kräftiger Hinweis an die Adresse des Toryministeriums. Vergebens sucht die reaktionäre Presse — in deren Dienste sich auch der weilsand „republikanische“ Palmi-Staatsmann pour riro, Karl Blind, gestellt hat — die Bedeutung jener Demonstration herabzusetzen — Thatsachen lassen sich nicht aus der Welt schaffen, und die Arbeiter Englands werden dafür sorgen, daß ihre Haltung bald keine Mißdeutung mehr zuläßt, und daß die falschen Darstellungen handgreiflich Lügen gestraft werden.

— Aus Rußland wird ein neues Attentat gemeldet — das dritte binnen vier Wochen. Der Czar soll vollends sein Reichs Verstand verloren haben. Wäre dies nicht der Fall, so würde er sich jetzt der Segnungen der Polizeiwirtschaft bewußt sein. Wer den Wind fängt, erntet den Sturm — sagt das biblische Sprichwort. In die Sprache der modernen Politik übersetzt lautet es: Wer Spittel fängt, erntet Attentate — erst falsche und dann richtige. Dank seiner auf die höchste Höhe der Bollendung gedragenen „Sicherheitspolizei“ (nach dem laicus a non laicando-Prinzip so benannt, weil sie die öffentliche und private „Sicherheit“ zerstört) kann der Czar nicht einmal in seinem Gefängnis Gattina einen Spaziergang machen, ohne einen Liebesgruß seiner getrunkenen Unterthanen, in Gestalt einer Revolverkugel oder einer Dynamitbombe, ermarken zu müssen. — Kypnos, ob der unglückliche Selbstherrherr aller Reagen, wenn er bei gesundem Verstand wäre, mit jenem Staatsanwaltschaft übereinstimmen würde, der da argumentirte: Wer die Republik will, muß so ipso den gewaltthätigen Umsturz erstreben, denn es ist einfach undenkbar, daß ein Fürst freiwillig auf seinen Thron verzichtet! Oder würde dieser „allmächtige“ und „unerlebbare“ arme Teufel von Czar nicht mit dem armseligsten seiner Unterthanen einen vorzüglichen Tausch machen? Wohlgerne, wenn er bei gesundem Verstand wäre. Freilich, er fände Niemand, der mit ihm tauscht.

Doch lassen wir das — Alexander der Dritte wird den Weg alles Fleisches gehen — auf die eine oder andere Weise, und das Garen wird gelegentlich den Weg des Garen gehen — auf die eine oder andere Weise.

Was uns mehr interessiert als der Gzar, das ist das Schicksal der Arbeiter, die sich bemüht haben, das Schandsystem zu beseitigen, welches sich in seinem Namen und in seiner Person verkörpert hat, und dessen Opfer er selbst schon bei lebendigem Leibe durch die erbarmungslose Logik der Geschichte — in der Physiologie Nereus benannt — geworden ist. Diejenigen, welche nicht von den Häusern und Leiharthen des Gzars auf dem Fied erschossen oder todgeprügelt oder im Gefängnis todgeknutet wurden, verlaufen in stinkenden, nassen Erdhöhlen, die nur wenige von ihnen verlassen werden, um in den Bergwerken des Ural oder den abgelegenen Winkeln Sibiriens einen etwas erweiterten aber nicht minder grausamen Kerker zu finden. Seinen Feinden in Form Rechts den Prozeß zu machen — das mag der bankrotte Absolutismus nicht mehr; wären die Richter noch so korrupt und brutal, die Angeklagten würden sich in furchtbare Ankläger verwandeln, und der zitternde Gzar in seinem bebudelten Purpur säße auf der Armenhäuserbank! Da müssen die angeklagten Ankläger denn in aller Stille verschwinden — der Eine so, der Andere so, damit es heißen kann: „Es herrscht Ordnung in Petersburg, und Kirchofsruhe“ — bis es wieder knallt. Das Schicksal muß sich erfüllen. —

### Korrespondenzen.

**Riel, Anfangs April.** Wie überall im deutschen Reich, so verfehle auch diesmal im 7. Schleswig-holsteinischen Wahlkreise die Reichstagswahl die Bevölkerung in größere Erregung, als es unter gewöhnlichen Umständen der Fall zu sein pflegt. Trotzdem war die Beteiligung keine so starke, als man hätte erwarten sollen. Es wählten im ersten Wahlgang 31,16 % der gesamten Wählerzahl, am Stichtage jedoch nur 72,68 %. Wenn dieses nun auch grade keine ganz ungünstige Beteiligung im Allgemeinen bedeutet, so ist die Beteiligung speziell in Bezug auf unsere Partei eine keineswegs zufriedenstellende, denn man kann sich behaupten, daß der allergrößte Teil jener 19 %, die beim ersten Wahlgang nicht stimmten, ihrer gesellschaftlichen Stellung nach der Arbeiterklasse angehören. Daß die beiden anderen Parteien, die freisinnige und der konservativ-liberale Reichswahl, vollständig auf dem Platze waren, unterliegt keinem Zweifel; ging doch letztere Partei dieses Mal unter der für sie gegenwärtigen Kriegspartei allen Grünses daran, einen Wahlkreis zu erobern, und erstere mußte wohl, daß sie sowohl nach rechts als auch nach links einen schweren Stand haben würde.

Was nun den Wahlkampf selbst anbelangt, so wurde derselbe von den sogenannten Ordnungsparteien in der diesen Herren angebotenen „gentlemen manner“ geführt; es war wirklich edelhaft anzusehen, wie sich die Herren gegenseitig mit Roth bewarben, zumal wenn man wußte, daß trotz alledem die Herren bei einer Stichwahl, wenn's gegen die ver-socialdemokraten gehen würde, sich wieder brüderlich in die Arme fallen würden, was ja dann auch der Fall gewesen ist. Ich will mich inbald nicht länger bei diesem Thema aufhalten, sondern bemerke nur noch, daß der Reichswahl in Riel zwei Versammlungen abhielt und der Freisinn eine, während im Uebrigen die Agitation durch zahlreiche Flugblätter betrieben wurde; und zwar kam dieses Mal unsere Partei in Bezug auf Angriffe seitens der Gegner ziemlich glimpflich weg; meistens lagen die Herren Ordnungshelden sich gegenseitig in den Haaren. An Diskussion in den Versammlungen der Gegner war natürlich nicht zu denken, selbst die Freisinnigen konnten sich nicht dazu aufschwingen, eine solche zu gestatten, sondern erlaubten nur, Anfragen zu stellen, was denn auch von Seiten einiger Genossen benutzt wurde.

In dieser Versammlung war es auch, wo der Vorsitzende einem Genossen gegenüber die Ansicht aus sprach, in diesem Wahlkampf müsse doch eine Bekämpfung des Freisinn und der Socialdemokraten ausüben, wir müßten dieses Mal „an einem Strang ziehen“, um die Reaktion zu bekämpfen. Unser Genosse verneinte dies für Riel ganz entschieden; und wenn unsere Genossen in anderen Kreisen bei Stichwahlen aus prinzipiellen Gründen ihre Stimmen lieber einem Freisinnigen als einem Regierungskandidaten gaben, so hat das Borgehen der Freisinnigen gezeigt, wie diese das „an einem Strang ziehen“ zur Bekämpfung der Reaktion auffassen, und werden unsere Genossen überall sich daraus eine Lehre für zukünftige Fälle zu ziehen wissen.

Ein Flugblatt, welches wir vor dem ersten Wahlgang verbreiten wollten, war leider so miserabel im Druck gehalten, daß von einer allgem. Verbreitung Abstand genommen wurde; nur an einzelnen Stellen wurde es ausgetragen. Am 3. Februar sollte unsere erste öffentliche Wählerversammlung in Riel mit Genosse Liebknecht als Referent stattfinden. Derselbe wurde am 27. Januar angemeldet und von der Behörde auf Grund des famosen § 9 verboten. Sofort wurde Beschwerde bei der Regierung eingelegt, und diese in Verbindung mit einer am Morgen des 2. Februar abgeleiteten Depesche, bewirkten, daß gegen Abend desselben Tages die Verfügung eintraf, die Versammlung sei freigegeben, und so fand denn der Abend des 3. Februar eine circa 5000 Mann zählende Wählerversammlung in den Räumen des „Englischen Garten“ vor, die erste wieder seit mehreren Jahren, die unsere Partei frei bekommen hatte. Genosse Liebknecht war durch eine Agitationsreise nach dem Süden verhindert, so erschienen, und so trat an seine Stelle Genosse Förster aus Hamburg, der in circa einstündiger Rede, unter dem Beifall aller Anwesenden, unser Programm entwickelte, sowie die Art der Reichstagsausführung einer Beleuchtung unterwarf. Am 10. Februar referierte Genosse Wolfenbühl vor einer ebenso zahlreichen Versammlung mit dem gleichen Erfolg. In gleicher Weise wurde im ganzen Wahlkreis agitiert, und trotzdem wir so unser Möglichstes thaten, entsprach der Erfolg doch nicht unsern Erwartungen, denn wir hatten mit 9599 Stimmen nur 1748 Stimmen mehr als 1884.

Am Sonntag vor der Stichwahl verbreiteten wir noch ein Flugblatt und am Abend vor der Stichwahl hatten wir noch eine Versammlung, von circa 6000 Mann besucht, in der der langerehnte Genosse Liebknecht referierte. Jubelnd von der Versammlung bei seinem Erscheinen begrüßt, besprach er in reichlich 1 1/2 stündigem Vortrag, oft von den begeisterten Beifallsausdrücken der Zuhörer unterbrochen, die Ursache der Reichstagsausführung, die gemeinen Wahlmänner der Regierungsparteien, und empfahl schließlich die Wahl eines Arbeiterkandidaten. Unser Kandidat für diese Wahl war unser bewährter Stephan Feingel, dem es leider durch den Schandspruch der Freiberger Apporteurs nicht vergönnt war, persönlich zu seinen Wählern zu sprechen. Unsere Hoffnung auf den Erfolg der Stichwahl wurde wieder getrübt; wir brachten es nur auf 10,576 Stimmen, 1410 mehr als bei der Stichwahl 1884. Daß Fänel eine so verhältnismäßig hohe Stimmenzahl auf sich vereinigt hat, hat er jedenfalls nur vielen Umfallmännern der Reichswahlpartei zu verdanken; daß unser Resultat kein anderes war, daran ist der Indifferentismus vieler Wähler schuld; ich verweise auf den kleinen oben angeführten Prozentsatz. Resümee, Gaarden und die Keimen Dre jenseits der Rieker Förde haben gut gewählt, Riel und Rendsburg hätten unbedingt mehr Stimmen bringen müssen. Es scheint Einem nicht ganz ungerechtfertigt, was ein Landmann gegen einen Genossen betreffend Riel äußerte: „Dat's wahr, Riel is dat größte Buerndörp in'n ganzen Wahlkreis!“ Darum, Ihr Genossen Riels, laßt Euch diese Worte eine ernste Mahnung sein, strebt darnach, daß es besser werde, daß Riel als größter Ort des Wahlkreises beim nächsten Wahlkampf auch die größte Anzahl sozialdemokratischer Stimmen aus der Urne bringe, dann ist der Sieg unser!

**Aus dem zweiten sächsischen Wahlkreise.** Die Leser des „Socialdemokrat“ werden sich gewiß wundern, daß auch aus dem zweiten sächsischen Wahlkreise einmal etwas im Parteiorgan zur Veröffentlichung gelangt. Hatten wir Rothem am Ursprung der Spree es doch bisher unterlassen, so nötig das war, ein Wort über unsere Ordnungshelden zu verlieren. Jedoch ist, da das Treiben dieser fittich und moralisch verkommenen Gattung einen Höhepunkt erreicht hat, wie kaum anderswo, wollen wir dieselben doch einmal unter die Lupe nehmen. Jongen wir gleich bei der Firma G. G. Hoffmann in Neugersdorf an, deren Mitinhaber der Reichstagsabgeordnete Reinhold Hoffmann ist.

Der Großvater des Genannten war von Geburt aus Bettler, welches Handwerk er auch fleißig betrieb, bis er sich später auf Schmuggeln legte. Das letztere Geschäft florirte in den 30er und 40er Jahren sehr gut. Als sich der arbeitshungrige Reich so viel zusammengebeutelt und geschmuggelt hatte, bis er einige Arbeiter ausbeuten konnte, gründete er eine Fabrik. Seine Söhne haben sodann ihre geschäftlichen Spitzfindigkeiten an den Arbeitern mit einer solchen Heringslogik weiter betrieben, daß es ihnen gelungen ist, Millionen zu erpressen. Diese Millionäre müßten sich noch heute von dem Schweife tausender fleißiger Hände. Dem Vater des jetzigen Reichstagsabgeordneten mochte wohl in letzter Stunde das Gewissen geschlagen haben, denn er legte sich vor einigen Jahren einen Strich um den Hals und erlöste sich. Der Sohn des nicht gerade auf beneidenswerthe Weise ins Jenenseits Befördernden ist außer Reichstagsabgeordneter auch Ehrenvorstand des Krieger-, richtiger Krieger-Vereins, aber wo steht seine besondere Ehre? Als er 1870 zur Mobilmachung einreisen sollte, war er — zufällig — auf einer „Geschäftsreise“ im Ausland und — konnte erst zurückkehren, als Alles vorüber war. Er kam dann nur noch einige Wochen nach Dresden, wo er, anstatt die Strapazen des Feldzuges durchzumachen, arme Gefangene schenken — sah.

Dieser fäneln — flüchtige Held nun geberdete sich bei der letzten Reichstagswahl als patriotischer Patriot, wozu ihm die Septennatskommission die beste Gelegenheit bot. Das Hauptanliegen, was er außer dem Arbeiterausbeuten betreibt, ist das Reiten. Als echter Ritter hat er aber auch eine besondere Vorliebe für das schönere Geschlecht. Seinen Coarvenanten läßt er Redo viele Sympathien ein, selbst eine Frau Varrer in der Nachbarstadt soll er so ge-ehrt haben, daß es schließlich dem Varrer unwohl wurde, des Ehrenvorstandes Ehrenbeweisungen länger stillschweigend zu bewundern.

In der von keinem kommerziell-tüchtigen Onkel mitverwalteten Fabrik herrschen dazugehörte Zustände, wie sie schändlicher nicht gedacht werden können. Sobald die Dampfweite ertönt, wird das Eingangsthor geschlossen, und wer dann nicht da ist, hat 20 Pfg. Strafgeld zu zahlen. Mit welcher Strenge das gehandhabt wird, geht daraus hervor, daß vor einiger Zeit einem Arbeiter, welcher eben noch herein wollte, vom Thorschleier die Hand zerquetscht wurde. Natürlich mußte derselbe auf Kosten der Krankenkasse verpflegt werden.

Um aber diese Ehrenthaten zu verbergen, gibt man sich den Anschein der „Arbeiterfreundlichkeit“ und hat man auch in der Fabrik deshalb eine sogenannte „Altersversorgungskasse“ eingerichtet. Es hat jedoch bis jetzt noch kein Arbeiter davon etwas gewahren können, denn wo die Altersversorgung angesehen sollte, da „verschwinden“ die Arbeiter sonderbarer Weise aus der Fabrik. Anknäpft wurde Schlossermeister Gaert, welcher 24 Jahre lang seine allermärts anerkannte Fachkenntnis dieser Fabrik gewidmet, sofort entlassen. Es würde den Raum unserer Parteiorgan zu sehr in Anspruch nehmen, wollten wir die Leute alle einzeln aufzählen, welche ihre Dienste diesen Menschenfreunden 20—30 Jahre dargebracht haben, und dann, wenn ihre Kräfte geschwunden waren, erbarmungslos auf Pfahler geworfen, der Roth und dem Elend überantwortet wurden. Die Leute müssen dann ins Armenhaus wandern, wollen sie sich nicht selbst die Schlinge um den Hals legen, wie der kommerziell-tüchtige Bruder.

Ueber die Zustände in den anderen Gersdorfer Fabriken ein anderes Mal. Für heute noch eine kurze Mittheilung von der letzten Reichstagswahl. Unser zweiter sächsischer Wahlkreis galt bisher als Einde in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Als wir diesmal einen eigenen Kandidaten aufstellten, kamen die Ordnungshandlungen aus dem Häuschen. Mit Hilfe des Selbsts und der Einschüchterung der Polizei wurden die betreffenden Saalhäuser zu bestimmen gesucht, und keinen Saal herzugeben, oder die bereits zugewiesenen Säle wieder abgetrieben, was auch, mit Ausnahme von zwei kleineren Restaurants, überall gelang. Wir hatten nur ein einziges Flugblatt zur Verfügung, welches sehr rasch verboten wurde. In Anbetracht des kolossalen Druckes, welcher von allen Seiten auf die Arbeiter ausgeübt wurde, und der geringen Agitationsmittel, welche uns zur Verfügung standen, können wir inbald mit den heranzugewandten noch zufrieden sein. Wir vereinigten diesmal 260 Stimmen auf unsern Kandidaten, davon 238 in Alt- und Neugersdorf. An diesen Orten wurden die Stimmen hinter verschlossenen Thüren ausgezählt! Im Jahre 1884 erhielten wir im ganzen Kreise, natürlich ohne die geringe Agitation, nur 33 Stimmen, davon in Alt- und Neugersdorf 28. Hoch die internationale revolutionäre Sozialdemokratie!

### Die Rothem am Ursprung der Spree.

**Aus dem 14. sächsischen Wahlkreise.** Hier ist es bei den letzten Reichstagswahlen genau so zugegangen wie anderwärts: Hausfuchungen in Frohdub und Lausitz, Beschlagnahme von Wahlkräften in Penig, Saalabtreibung in Rochlitz u. s. w. Aber trotzdem können wir mit einem Zuwachs gegen die Wahl von 1884 von 1436 Stimmen aufwarten. In Lausitz hat sich die Firma Gredler & Koch veranlaßt gefunden, die Arbeiter, welche Stimmzettel für unsere Kandidaten, Tischlermeister Müller, verteilten, aus der Arbeit zu entlassen. Interessant war es in Lungenau; dort hielt Sonntags vor der Wahl der Septennatler, Dr. Freege, noch eine Versammlung ab, die Arbeiter Lungenaus haben ihm aber mit 409 Stimmen für Müller gegenwortet, während Freege nur 187 Stimmen erhielt. Darüber war der Direktor der bekannten Bogelfabrik Besfordt so erobert, daß er beschlossen hat, die Sozialdemokraten aus der Fabrik auszumessen, und sich zu diesem Behufe Mädchen aus der Provinz Posen hat verschreiben lassen, in der stillen Hoffnung, daß diese vielleicht auch mit noch niedrigeren Löhnen für sich nehmen würden. Ein dortiger Agent Müller aus Cosel bei Ratibor soll den Sklavenhändler spielen. Die Mädchen, die sich auf zwei Jahre verbindlich machen sollten, gingen auf den Kontrakt nicht ein, sondern erklärten, sie ließen sich nicht verkaufen; viele sind schon wieder abgereist, weil sie das nicht fanden, was ihnen versprochen war. Auch ein Zeichen der Zeit.

### Sprechsaal.

**Vorsicht vor amerikanischen Polizeispitzeln.** Die aus Amerika für Deutschland reichlich gespendeten Wahlgelder dürften jureisenden Deutsch-Amerikanern gegenüber das Vertrauen der Genossen allerwärts gefährdet haben. Dieser Umstand soll von der internationalen Spizelei neuerdings entsprechend ausgenutzt werden. Deshalb ohne ganz genügende Legitimation Niemand vertraut und Vorsicht vor amerikanischen Polizeispitzeln allerwärts!

Einige Deutsch-Amerikaner.

### Briefkasten

der Redaktion: Einwendungen u. sind eingetroffen aus Rdn, München, Thalweil.

der Expedition: (Fortsetzung der Eingänge in Hft. Nr. 16 ab 6/4.) Spitzberg: Nr. 12 — Ab. 2. Du. erf. — G. S. Lpg.: Nr. 8 — Ab. 2. Du. u. Schft. erf. Bth. folgt. — G. S. L. Nr. 3 — Ab. 2. Du. erf. — R. R. Roge: Nr. 12 — Ab. 2. Du. erf. — J. H. P.: Nr. 440 Ab. 1. Du. erf. Zweites erachtet. — J. H. L.: Nr. 880 Ab. 2. Du. u. Nr. 120 per Ab. erf. — Speditions mit Weisler: Nr. 10 — Ab. 2. u. 3. Du. erf. J. H. Nr. 120 pr. 4. Du. gutkommend. — Ein verschämter Genosse S. S.: Nr. 1 — pr. Ufa. erf. u. bereits in Nr. 13 quittirt. — D. H. M. H. Nr. 1 — pr. 2 — Ab. 2. Du. erf. — D. H. M. H. Nr. 6 — Ab. 1. Du. erf. — J. H. L. Nr. 5 — Ab. 2. Du. erf. Kdr. geordnet. — J. H. M. H. Nr. 390 Ab. 2. Du. erf. H. M. Nr. 2 — Ab. 2. Du. u. Schft. erf. Weiteres nach Wunsch. — G. S. L. Nr. 2 — Ab. 2. Du. u. Nr. 1 — pr. Ufa. erf. — Brauner Nr. 2760 pr. Ab. D. S. erf. Kdr. notirt. Nr. 6 — pr. Ufa. erf. — Rother Franz: Nr. 2 — pr. Ab. Gto. erf. H. kostet 50 Cts.

Hft. 10 Cts. Straßporto. Am Aufgabort gelten französische Renten nicht. — R. S. P.: Nr. 430 Ab. 2. Du. u. Bericht erf. — J. S. H. H. Nr. 75 Ab. 2. Du. erf. Wozu der Kerger? — An der Heuschner: 85 Nr. 1 & Gto Ab. u. Schft. erf. H. H. u. folg. — Panzerkrieger: Nr. 5994 & Gto Ab. u. erf. — Lobernde Flamme: Nr. 180 Ab. 2. Du. u. Nr. 2 — pr. Ufa. erf. — H. S. G.: Nr. 440 Ab. 2. Du. erf. — Kdr. Vereinig. Ober-Engadin: Nr. 6 — u. Nr. 2 — u. G. Ab. 2. Du. erf. — H. H. Kdr. Ber. Lausanne: Nr. 5860 Ab. 1. Du. u. Schft. erf. — D. S. H. H. Nr. 4 — Ab. 2. Du. erf. — Spitzkrieger: Zürich: Nr. 2 — Ab. 2. Du. erf. — Nr. W. S. L.: 2 pr. Ab. 2. Du. erf. — R. M. H. H. Nr. 250 Ab. 2. Du. erf. — Com. H. S. S. London: (H. St. 8 —) Nr. 20170 & Gto Ab. u. erf. (H. 87) Nr. 1070 pr. H. erf. Inzugesamt gingen also ein durch H. S. u. H. S. H. H. St. 937 f. d. Reichstagswahlen früher Quittirt, nebst obigen Nr. 1070. — J. S. H. London: 40 Pf. Straßporto pr. H. erf. — G. S. P. Bors.: Nr. 250 Ab. 2. Du. erf. — H. H. L. Nr. 10 — Ab. 2. u. 3. Du. u. Gto 4. Du. erf. pr. G. — Guldor: Nr. 3 — erf. Krochdem Weiteres abgeleht. Deshalb jurid. H. H. — Schuldenmacher: Nr. 1820 Ab. 2. Du. erf. 60 Pf. J. H. gutkommend. Weiteres am 15/4. H. — Der Genannte Börg.: Nr. 324 Ab. 2. Du. erf. H. M. Nr. 3 — Ab. 2. Du. erf. — Nr. 3 — Ab. 2. Du. erf. 1221: H. H. u. Beilab. — Zu lebenslängl. Heuchelei Bericht: Nr. 5 — pr. H. H. erf. — B. H. H. Nr. 65 — f. Schft. erf. Kdr. war verbannt. Sbg. folgt, sobald Referenz da ist. — R. H. R. Nr. 2 — Ab. 2. Du. erf. — G. S. H. Nr. 1070 pr. Ufa. erf. — Nr. 180 P. H. Nr. 1. Du. erf. Nr. 2250 pr. Ab. 1. Du. u. Schft. gutgebr. — J. H. H. St. Urbain: Nr. 5 — Ab. 2. Du. u. Schft. erf. — Nr. 15 — Ab. 2. Du. erf. H. H. fort. — R. S. H. Nr. 1190 Ab. 2. Du. u. D. erf. — H. Josef: Nr. 10420 & Gto Ab. u. erf. Kdr. geordnet. H. M. 13/4. mehr. — Mehrere Gen. in Zechhausen: Nr. 340 pr. Ufa. erf. — J. H. H. Nr. 5065 & Gto Ab. u. erf. H. H. fort. — J. S. H. H. Nr. 6 — Ab. 2 — 4. Du. erf. — R. R. H. Nr. 415 Ab. 2. Du. u. Schft. erf. H. M. Nr. 1920 Ab. 2. Du. erf. Kdr. notirt. — J. H. H. Nr. 3 — Ab. 2. Du. erf. — R. S. H. Nr. 440 Ab. 2. Du. erf. pr. G. — G. S. L. Nr. 7 — Ab. 2. Du. u. Schft. erf. H. H. folgt. — Feuerhauer: Nr. 440 Ab. 2. Du. erf. — R. S. H. Nr. 3 — Ab. 2. Du. erf. — J. H. H. Nr. 140 Portomachig. pr. 1. Du. erf. — Schpel: Nr. 100 — & Gto Ab. u. erf. H. H. folgt. — Großes Jagthaus: Nr. 80 & Gto H. H. gebr. H. H. hier. Weiteres besorgt und erm. — Lehmann I: Besorgt u. Grätze allseitig herzlich erwidert. — Dose: Nr. 440 Ab. 2. Du. u. Nr. 440 pr. Ufa. erf. Grätze erwidert. — Luise: Nr. 3 — Ab. 2. Du. erf. Gemüthlich folgt. — Rother Bauwurst: Nr. 9 — Ab. 2. Du. erf. Kdr. geordnet. — D. S. H. Nr. 2 — Ab. 2. Du. erf. — Dr. H. Rom: Nr. 7 — f. D. erf. Sbg. am 15/4. abg. — C. Dm. Portobello: Nr. 4310 & Gto Ab. u. erf. H. S. Nr. 30/3. erledigt. — Falten: Nr. 4 — & Gto Ab. u. erf. Rota u. H. H. — Genf u. D. H. Ber., Schneider und Schuhm.-Gemeinschaft: Nr. 70 — f. d. Chicagoer Proj. pr. Volksschulb. erf. — Gebr. Verminghaus St. Louis: Nr. 15190 & Gto Ab. u. erf. — Newyork Josef Strauß: Nr. 4050 & Gto Ab. u. erf. —

### Ein gemäßigter Genosse

empfehlen sich für Lithographie, Zinkographie, Buch- und Steindruckerei. Anfertigung von Adress- und Visitenkarten und aller in dieses Fach einschlagenden Arbeiten.

Spezialität: Stich 66 (Illustrirte Kataloge), Zeitungsbelegneten u. d. Holzschnitt.

Prompte und reelle Ausführung, billige Preise. Bestellungen vermittelt

Expedition des Socialdemokrat.

### Marx- und Lassalle-Cigarrenspitzen

aus echt Meerschaum in naturgetreuer Schnitzerei, sowie Pfeifen bis Façons und Material empfiehlt der gemäßigter Parteigenosse Adelbert Zimmermann in Ruhl (Thüringen).

Vereinen gewährt bei Partienbezug Rabatt.

### Zur Massenverbreitung.

Arbeitermarschkasse	100 Stück	1 —	1 25
Die zehn Gebote im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte	100 Stück	1 —	1 25
Herwegh G., Kampfprolog im Himmel	"	1 —	1 25
Jacoby J., Die drei Lauberformeln	"	1 —	1 25
Die Fliegen und die Spinnen	"	1 50	1 50
Schlechte Zeiten. Ein Flugblatt für Bürger und Bauer, für Handwerker und Arbeiter	100 Stück	2 —	2 50
Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen	100 Stück	5 —	5 —

Zahlreichen Bestellungen sehen entgegen

Yalkabuchhandlung und Expedition des „Socialdemokrat“ Göttingen-Zürich.

**Zürich** Samstag, den 22. April, Abends 8 1/2 Uhr, im Cafe Rutter (früher „Weißes Röthel“) an der Schiffstraße 1. Etod:

### Oeffentliche Versammlung der deutschen Sozialisten.

Tagesordnung: Irland. Referent: H. G. Schlüter. Zu zahlreichem Erscheinen ladet freundlichst ein Der Lokalausgub. Jedermann hat Zutritt.

**Paris** Der Deutsche Sozialistenklub hält seine Versammlungen jeden Samstag Abends 9 Uhr: 196 Rue St. Denis.

Politische Diskussion über Socialismus. Freier Zutritt. Freie Diskussion.

Wir warnen bei dieser Gelegenheit die Genossen ganz ausdrücklich auf's Gerathewohl nach Paris zu kommen. Wende man sich unbedingt, unter Beigabe entsprechender Legitimation an bekannte Adressen oder an diejenige des Clubs.

Das Comité.

**Newyork** Das Unterzugskomitee der Soc. Arb. Partei in Newyork hat beschlossen, fernere keine Unterstützung mehr zu verabsolgen ohne genügende Legitimation von einem Vertrauensmann oder gutbekannten Genossen. Wir eruchen die Vertrauensleute u. die Legitimationen stets an die National-Exekutive zu senden. Adresse: J. Sulzberger, Sekretär, Nr. 344 E. 18 St. New-York.

Schweiz. Genossenschaftsdruckerei Göttingen-Zürich.